Wie Deutschland Chinas Cyber-Aufrüstung mitfinanziert

Die Bundesregierung fördert ein führendes Zentrum für Cybersicherheitsforschung. Doch nun gibt es einen schweren Verdacht: Könnte es eine Eliteschmiede für chinesische Militärforscher sein?

Von Daniel Delhaes und Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 19.06.2026

Bei jedem saarländischen Ministerpräsidenten steht ein Termin ganz dick im Kalender: Besuch des Helmholtz Center for Information Security (Cispa). Annegret Kramp-Karrenbauer schaute gern vorbei, ebenso Nachfolger Tobias Hans (beide CDU). Die aktuelle Amtsinhaberin Anke Rehlinger (SPD) war auch schon da und brachte sogar einen prominenten Gast mit: den Bundeskanzler.

Friedrich Merz lobte im August die „national und international gut vernetzte Forschung am Cispa“. Es sei eine „bedeutende Forschungseinrichtung“, die durch „innovative Spitzenforschung die digitalisierte Welt von morgen sicherer machen“ wolle. Cybersicherheit, Datenschutz und vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz (KI) gingen „uns alle an“.

Das kleine Saarland ist stolz auf sein Cispa. In nur 15 Jahren stieg es vom kleinen Kompetenzzentrum an der Uni zum Zentrum der renommierten Helmholtz-Gemeinschaft auf. Mehr als 700 Menschen arbeiten am Cispa, es entsteht zudem ein riesiger neuer Campus für 350 Millionen Euro. Zur Grundsteinlegung Ende April erschien neben Rehlinger auch der Staatssekretär von Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (CSU). Bund und Land, die zu 90 und zehn Prozent beteiligt sind, wollen ab 2029 ihr Engagement fast verdoppeln.

Für den Erfolg steht Cispa-Chef Michael Backes, der in seiner von Stahl, Bergbau und Autoindustrie geprägten Heimat ein Stück Zukunft aus dem Boden gestampft hat. Für die Landesregierung ist er ein Glücksfall.

Andere fragen inzwischen: Warum darf an einem Ort, der mit viel Steuergeld von Bund und Land finanziert wird, so viel Fragwürdiges passieren? Konkret geht es um zahlreiche Forscher mit chinesischer Staatsbürgerschaft, die Gründungsdirektor Backes in hochsensiblen Sicherheitsbereichen beschäftigt. Auf Nachfrage will das Cispa keine Zahlen nennen. Umfangreiche Recherchen des Handelsblatts aber zeigen: Es sind Wissenschaftler von chinesischen Hochschulen, die wiederum mit dem heimischen Militär zusammenarbeiten. Einige stehen auf Sanktionslisten. Auch fließt Geld aus China für einzelne, sensible Förderprojekte.

Sicherheitsexperten sehen in all dem ein enormes Risiko. Der saarländische Verfassungsschutz warnt, im Saarland seien zahlreiche Forschungsinstitute ansässig, die „im Interesse chinesischer

Nachrichtendienste stehen dürften“. Ausdrücklich nannte die Behörde das Cispa.

Deutschland hat ein Problem im Umgang mit internationalen Forschern aus autoritären Staaten. Zwar gibt es Exportkontrollregeln, die für Güter und ebenso für Wissen einzuhalten sind, vor allem, wenn sowohl eine zivile als auch eine militärische Nutzung möglich ist. Doch ist Wissensabfluss mit den bestehenden Regeln kaum zu kontrollieren.

Gerade mit Blick auf China gilt daher besondere Vorsicht: Staats- und Parteichef Xi Jinping verfolgt das Ziel, China bis 2049 zur führenden Technologiemacht der Welt zu entwickeln. „Dazu nutzt China unter anderem nachrichtendienstliche Informationsgewinnung in Wissenschaft und Forschung“, warnt etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Seit 2017 verpflichtet China seine Bürger per Geheimdienstgesetz, auf Bedarf mit den Nachrichtendiensten zusammenzuarbeiten. Das gilt auch für chinesische Wissenschaftler. Der frühere Präsident des Auslandsnachrichtendienstes BND, Bruno Kahl, verwies schon 2023 auf die etwa 40.000 chinesischen Studierenden in Deutschland, die potenziell entsprechenden Anforderungen unterliegen könnten. Kein Wunder, dass die Dienste auch das Cispa als größte öffentlich geförderte Einrichtung im Bereich Cybersecurity mit Sorge betrachten. Gerade jetzt, da durch die Verbreitung von KI völlig neue Einfallstore entstehen.

Professoren pochen auf die Wissenschaftsfreiheit

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) warnt vor „erheblichen Risiken“ durch neue, KI-gestützte Cyberbedrohungen aus China. Und die Präsidentin des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, Claudia Plattner, sieht chinesische Konzerne wie Alibaba schon kurz davor, KI-Modelle mit ähnlichen „Superhacking“-Fähigkeiten zu entwickeln wie das US-System Mythos.

Trotz aller Bedenken pochen etliche Professoren in Deutschland auf ihre grundgesetzlich geschützte Wissenschaftsfreiheit. Sie suchen Forscher in aller Welt, gern auch aus China. Im Fall des Cispa gibt es dafür handfeste Hinweise, wie Recherchen des Handelsblatts ergeben haben. Beim Aufstieg des jüngsten Zentrums der Helmholtz-Gemeinschaft spielte China eine zentrale Rolle.

Das Organigramm notiert bei Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Backes zwei Forschungsgruppenleiter mit chinesischem Namen. Auch die Publikationsliste zeigt die Nähe des Informatikers zu China. Er veröffentlicht mit chinesischen Co-Autoren, die beim Cispa arbeiten oder dort gearbeitet haben und mit problematischen Universitäten in China verbunden sind.

Das Handelsblatt hat Publikationsdatenbanken durchforstet und auch KI-basiert Risiken von Personen und Organisationen analysieren lassen. Das Ergebnis: Das Cispa forscht intensiv mit Wissenschaftlern aus China. Sie unterhalten Verbindungen zu äußerst kritischen Universitäten. Fünf Hochschulen gehören demnach sogar zu den „Seven Sons“. Die „Sieben Söhne der Landesverteidigung“ sind Elite-Unis, die engste Verbindungen in die Verteidigungsindustrie

haben und dem Ministerium für Industrie und Informationstechnologie unterstellt sind. Sie arbeiten an streng geheimen Projekten, etwa um Waffensysteme zu entwickeln.

22 Organisationen, zu denen Co-Autoren Verbindungen haben, unterstehen der nachgeordneten Behörde Sastind, die die Verteidigungsindustrie beaufsichtigt. Neun Einrichtungen stehen auf der Sanktionsliste des US-Handelsministeriums. Zu ihnen gehört die University of Electronics Science and Technology of China (UESTC). Es gibt Hinweise, wonach ein chinesischer Forschungsgruppenleiter aus Backes' Abteilung eng mit einem Forscher der UESTC zusammenarbeitet. Dieser wiederum soll Teil eines breiten Netzwerks hochrangiger Cybersicherheitsexperten in China sein. 2024 verfassten sie gemeinsam eine Arbeit zur Anleitung von Hintertür-Angriffen auf maßgeschneiderte KI-Modelle. Cispa-Chef Backes steht mit in der Autorenzeile.

Die Themen der insgesamt 123 Publikationen (2020 bis 2025) mit und von Chinesen kritischer Universitäten sind sicherheitsrelevant: Mal geht es um Überwachungstechnologien wie Gesichtserkennung, dann um die Extraktion sensitiver Trainingsdaten oder das Einschleusen von versteckten Funktionen in KI-Modelle, den Diebstahl von KI-Modellen, Desinformationskampagnen, das Identifizieren ausnutzbarer Schwachstellen in Geräte-Firmware oder den Einbau von Hintertüren in Signalsteuerungssysteme im Straßenverkehr.

Derartiges Wissen kann schützen wie gefährden: Es ist militärisch relevant, kann der Sabotage dienen, für Hackerangriffe oder zum Fälschen biometrischer Identitäten.

Wie groß die Bedrohung durch offensive Cybertools und Cyberoperationen ist, zeigte sich Anfang Juni: Da beschloss der Nationale Sicherheitsrat der Bundesregierung, ein KI-Sicherheitsinstitut zu gründen. Es soll die Fähigkeiten und Risiken moderner KI-Modelle analysieren, sich mit vergleichbaren ausländischen Instituten austauschen und auf einheitliche Standards mit internationalen Partnern hinwirken. Das Cispa wäre mit seiner wissenschaftlichen Exzellenz geeignet. Theoretisch.

Allerdings wurden Cispa-Arbeiten nicht nur mit deutschem Steuergeld finanziert. Auch aus China floss Geld, etwa aus politisch hoch angesiedelten Programmen wie dem „New Generation Artificial Intelligence Major Project of China“ oder dem „National Key Technology Research and Development Program“. Mit dem einen hat sich China das Ziel gesetzt, bis 2030 im Bereich KI weltweit führend zu sein. Mit dem anderen konnte sich China bereits eine Führungsrolle in der Elektromobilität und der Robotik verschaffen. Für Sicherheitsexperten sind derartige Förderungen ein klarer Hinweis darauf, dass Wissen nach China fließen soll.

Das Cispa weist etwaige Probleme zurück. Bei „internationaler Spitzenforschung“ sei es üblich, in internationalen Teams zu arbeiten. Dabei könnten Forscher „von ihren jeweiligen Heimatinstitutionen oder nationalen Förderorganisationen finanziert werden“. Daraus ergebe sich aber keine „gemeinsame institutionelle Förderung zwischen den beteiligten Einrichtungen“. Backes selbst äußerte sich nicht.

Sicherheitsexperten nehmen es nicht so leicht. Nicht jeder Forscher aus China sei ein Spion, aber China verfolge klare strategische Ziele und kooperiere nur so lange, wie es dem Land nütze. Von offenem Wissensaustausch, den deutsche Professoren gern betonen, könne keine Rede sein.

„Kritisch wird es, wenn chinesische Forscher in Deutschland an sicherheitsrelevanten Themen arbeiten, zugleich mit chinesischen Institutionen kooperieren oder staatliche Fördermittel bekommen und ganze Abteilungen in der deutschen Einrichtung nur chinesische Forschende enthalten“, sagte China-Expertin Antonia Hmaidi vom Mercator Institute for China Studies (Merics). So sind etwa in der „Forschungsgruppe Backes“, die sich vor allem mit ITSicherheit, Datenschutz und KI beschäftigt, 18 von 19 Mitgliedern chinesischer Herkunft. Eine andere Forschungsgruppe, die nach eigener Aussage an der Schnittstelle von maschinellem Lernen und Datenschutz forscht, rekrutiert sich ausschließlich aus chinesischen Wissenschaftlern.

Dabei sei China eine der „Hauptquellen für Hackerangriffe weltweit“, warnte Hmaidi. „Angesichts dessen kann ich nur davon abraten, mit chinesischen Staatsbürgern oder Organisationen im Bereich der Cybersicherheit zusammenzuarbeiten.“

Im Fall des Cispas gibt es nach Informationen des Handelsblatts schon lange Kritik an der China-Nähe. Die Frage ist: Warum konnten sich die Kritiker nicht durchsetzen?

Zentrumsleiter Backes sei einer, der groß denke und schwierig im Umgang sei, berichten mehrere Insider aus dem Bund und aus dem Saarland. Er erwarte, dass man ihm folge. Andere seien nicht gut genug. „König des Saarlands“ wolle er werden, spottet mancher. Er habe sich mit einem einflussreichen Netzwerk umgeben. Und der Aufsichtsrat? Das Gremium arbeite „dysfunktional“, hieß es.

Im Aufsichtsrat soll es immer wieder Debatten und Streit wegen der China-Problematik gegeben haben. Eine Mehrheit für Veränderungen sei aber nicht zustande gekommen, allein in einem Fall sei nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine ein Vorhaben Backes’ vom Aufsichtsrat abgelehnt worden. Zeitweilig habe der Bund sogar den Vorsitz des Kontrollgremiums nicht besetzen können, obwohl ein Vertreter des Bundes im Gremium saß.

Das Bundesforschungsministerium ist Gesellschafter, Zuwendungsgeber, Betreuer und Kontrolleur in einem und überweist an die renommierte Helmholtz-Gemeinschaft mit ihren 18 Zentren fast drei Milliarden Euro. Cispa erhält 48 Millionen. Obwohl die Sicherheitsprobleme bekannt sind, will der Bund seinen Zuschuss beim Cispa fast verdoppeln.

Etwa 45 Millionen Euro mehr wollen Bund und Land künftig pro Jahr anteilig zahlen. Damit würde der Etat laut Cispa – zuzüglich Drittmitteln – auf mehr als 100 Millionen Euro wachsen. „Die zusätzlichen Mittel eröffnen uns weitreichende Möglichkeiten, weitere exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt zu gewinnen, innovative Forschungsfelder zu erschließen und den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft weiter zu stärken“, freute sich Backes Anfang Juni.
Merics-China-Expertin Hmaidi wundert sich. „Der Bund sollte sein Geld für die Forschung

konditionieren und auch bei Förderprogrammen regelmäßig eine Risikobewertung verlangen.“ Sprich: Nicht nur wer in sicherheitsrelevanten Bereichen arbeitet, muss für Sicherheit sorgen – sondern auch die Financiers.

Das Forschungsministerium betonte auf Nachfrage, es habe im „vertieften Austausch“ mit der Cispa-Geschäftsführung „die Notwendigkeit einer eigenen, dem Forschungsprofil angemessenen und tragfähigen Forschungssicherheitsarchitektur betont und deren kurzfristige Vorlage angemahnt“. Das Cispa erarbeite „eine neue Forschungssicherheitsstrategie“. Deren Umsetzung sei für den Bund als Zuwendungsgeber „essenziell“.

Eine Verteidigungsschrift für China zur Coronazeit

Das Cispa erklärte, Forschungssicherheit habe „sehr hohe Priorität“. Kooperationen und Forschungsprojekte würden „unter Berücksichtigung der geltenden rechtlichen, regulatorischen und institutionellen Vorgaben geprüft und bewertet“. Ein Beauftragter für Forschungssicherheit verantworte die Strategie.

Insider sagen indes, bisher habe es keine richtige Strategie gegeben. In der Vergangenheit seien neue Mitarbeiter aus China, dem Iran oder Russland einzelfallbezogen überprüft worden. Dabei seien auch Kandidaten von der Exportkontrollstelle abgelehnt worden. Allerdings habe auch der Druck als junges Zentrum bestanden, Promovierende aus dem Ausland anzuwerben. „Herr Backes trägt die Verantwortung und entscheidet“, hieß es im Zentrum.

Nach langen Debatten und den Veränderungen in der Welt sei im Zentrum aber der Wunsch nach einem „Umdenken“ entstanden. Wie es hieß, soll demnächst eine Stabsstelle „Forschungssicherheit“ mit zwei Stellen eingerichtet werden.

Ob dies den Bund überzeugen würde? Eine besondere Publikation lässt Sicherheitsexperten zweifeln. So verfasste Backes 2022 mit Co-Autoren eine Art Verteidigungsschrift für China. Thema war die Entwicklung der China-Feindlichkeit im Internet. „Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die antichinesische Stimmung während der Covid-19-Pandemie stark zugenommen hat“, lautete das sozialwissenschaftliche Ergebnis. Mit Cybersicherheit hatte es nichts zu tun.

Auch förderte China die Untersuchung. Das Cispa verwies auf Nachfrage auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Der Gesellschafter Bund wollte sich nicht äußern, das Saarland als Gesellschafter erklärte: „Herr Backes genießt Wissenschaftsfreiheit.“

Allerdings wusste die Landesregierung nach eigenem Bekunden nicht, dass Projekte der Cispa auch mit Geld aus China umgesetzt werden. Dabei sitzt der Chef der Staatskanzlei selbst im Aufsichtsrat – vorher waren es sogar immer die Ministerpräsidenten. „Im Zuge der Umsetzung der neuen Forschungssicherheitsstrategie des Cispa wird dieser Sachverhalt zu prüfen sein“, sagte ein Sprecher der Staatskanzlei.